

Ressort: Politik

SPD wirf Union in Wehretat-Debatte "Scheinheiligkeit" vor

Berlin, 20.02.2017, 08:53 Uhr

GDN - In der Debatte um eine mögliche Erhöhung des Wehretats hat der SPD-Außenpolitiker Lars Klingbeil der Union "Scheinheiligkeit" vorgeworfen. "Der neue Verteidigungshaushalt folgt der Wahlkampfaktik der schwarzen Null, aber nicht sicherheitspolitischen Notwendigkeiten", sagte Klingbeil gegenüber "Bild" (Montag).

Hintergrund der Kritik ist das Versprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (beide CDU) auf der Münchner Sicherheitskonferenz, dass Deutschland das NATO-Ziel erreichen und mittelfristig zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben wird. Im aktuellen Verteidigungsetat für 2018 sind die dafür notwendigen Steigerungen mit Verweis auf die Bundestagswahlen aber nicht eingeplant. Klingbeil hält das für ein durchschaubares Wahlkampfmanöver. "Das ist scheinheilig", sagte der SPD-Politiker. "Erst NATO-Ziele versprechen und dann nicht liefern."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-85573/spd-wirf-union-in-wehretat-debatte-scheinheiligkeit-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com